



**UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN**

# **Universitätsbibliothek Paderborn**

**Namen, Nachrichten, Notizen**

**Universität Paderborn**

**Paderborn, Nr. 1.1980 - 15.1983**

Rede des WRK-Präsidenten

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8593**

## WRK-Präsident Prof. Turner: Neue Spielregeln definieren

Das ist das Jahr der Jubiläen. Die Universität Mannheim wird 75, die von Gießen wurde 375 und kurz zuvor haben wir den 400. Geburtstag der Universität Würzburg begangen.

Da wirken 10 Jahre Gesamthochschulen eher bescheiden. Aber die ersten Jahre sind ja oft die schwersten. Die fünf Gesamthochschulen Nordrhein-Westfalens haben ihre Kinderkrankheiten überstanden. Dazu haben sie den Glückwunsch der übrigen Hochschulen verdient, den ich gern überbringe.

Diese Gesamthochschulen haben es nicht leicht gehabt. Nach den Maßstäben der reinen Idee fing es sogar mit einem Geburtsfehler an. Der Idee nach sollten sich gestandene Universitäten durch kürzere, mehr praxisbezogene Studiengänge zu einer differenzierten Gesamthochschule erweitern. Daraus ist nichts geworden, sieht man einmal von der Integration Pädagogischer Hochschulen ab. So war die Zusammenfassung von Pädagogischen und Fachhochschulen eine Notlösung. Und es war eine fast logische Folge, daß die neuen Gesamthochschulen viele Energien darin investieren, Universitäten zu werden. Aber man soll, um im Bild zu bleiben, Kindern nicht die Fehler der Eltern oder Versäumnisse der Paten vorwerfen.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat die Idee der Gesamthochschulen nicht geboren. Sie hat aber immerhin schon 1971 in einer Grundsatzklärung „die Tendenzen zur Verbindung unterschiedlicher Institutionen“ des tertiären Bereiches unterstützt und die neue Spezies von Gesamthochschulen in ihren Reihen gleichrangig mit den Universitäten aufgenommen. Schon diese Toleranz ist ja in der Bildungspolitik keineswegs selbstverständlich, wie andere Beispiele zeigen.

Heute hat es nicht mehr den Anschein, daß die Gesamthochschule noch die Leitidee der künftigen Hochschulentwicklung ist. Manche Erwartungen, die sich mit dieser Idee verbunden haben, waren gewiß auch überzogen, so überzogen wie übrigens auch manche Kritik, die daraus

folgte. Heute sind wir allesamt nüchterner geworden und das ist gut so. Heute scheint die Einsicht zu wachsen, daß wir nicht einen einheitlichen Typ von Hochschule, sondern ein differenziertes Hochschulwesen brauchen. In diesem differenzierten Angebot haben auch die Gesamthochschulen ihren Platz. Und sie sollten ihn dadurch sichern, daß sie ihr spezifisches Profil, das sie von anderen unterscheidet, nicht leugnen, sondern pflegen und verstärken.

Das Land Nordrhein-Westfalen und nicht zuletzt sein heutiger Ministerpräsident als ehemaliger Wissenschaftsminister haben in den letzten 10 Jahren mit vielen Neugründungen und Reformideen Mut bewiesen und viel Geld investiert. Heute mischt sich Wasser in den Wein. Kein Land der Bundesrepublik hat so ehrgeizige Ausbaupläne vollzogen, kein Land aber auch so drastische Sparaktionen angekündigt wie Nordrhein-Westfalen.

Sie werden verstehen, daß der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der diese Entwicklung auch wegen ihrer Auswirkungen auf andere Länder mit Sorge beobachtet, sich dazu einige Anmerkungen nicht versagen kann. Ich will das in fünf Punkten tun:

1. Es ist unstrittig, daß heute überall jede Mark zweimal umgedreht werden muß. Das gilt auch für die Hochschulen und gewiß ist auch dort trotz der seit Jahren schlechter werdenden Bedingungen noch nicht alle betriebswirtschaftliche Phantasie für sinnvolle Einsparungen verbraucht. Es ist aber sicher auch unbestritten, daß die Entfaltung dieser Phantasie — und schlimmer noch: die Motivation, überhaupt Phantasie zu entwickeln — durch ein dichtes Gestrüpp von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen, durch komplizierte Entscheidungsstrukturen und durch Verwischung persönlicher Verantwortlichkeiten in der Gremienhochschule (ich sage nicht: Gruppenuniversität) unvertretbar eingeengt wird. Ebenso unstrittig dürfte sein, daß es in unserem öf-

fentlich-rechtlichen Bildungssystem zu wenig Anreize gibt, die ökonomisches Verhalten und besonderen persönlichen Einsatz auch materiell honorieren. Wer ökonomisch effektive, selbstverantwortlich entscheidungsfähige Hochschulen haben will, darf sie nicht am kurzen Gängelband führen. Der muß ihnen — zum Beispiel im Haushaltsrecht und Haushaltsvollzug — die notwendige Freiheit lassen und darf diesen Luxus nicht der Enklave einer privaten Kleinsthochschule reservieren.

2. In diesem Sinne müssen auch die Hochschulen weiter daran arbeiten — sie tun es längst seit Jahren — aus (vergleichsweise) weniger Geld mehr zu machen. Das schließt auch schmerzliche Umstrukturierungsprozesse — innerhalb der Hochschulen und über die einzelne Hochschule hinaus — mit ein. Eine schmerzhaft Amputation kann auf Dauer heilsamer sein, als die allmähliche Auszehrung. Aber solche Prozesse brauchen Zeit, wenn sie mehr als Flickschusterei sein sollen. Die Perspektive eines Haushaltsjahres ist da allemal zu kurz.

Kurzfristige Sparschäden können, wenn sie später als Fehler erkannt werden, nicht kurzfristig wieder behoben werden. Ein Kahlschlag im wissenschaftlichen Nachwuchs, der ja wegen der Zeitverträge besonders gefährdet ist, kann nicht ohne weiteres durch spätere Einstellungen wieder aufgeforstet werden. Eingriffe in einzelne Fächer haben wegen der Verflechtungen der Disziplinen in Forschung und Lehre Folgewirkungen für andere Fächer; Maßnahmen an einer Hochschule wirken sich mittelbar auf andere aus und die Sparpolitik eines Landes bleibt in den Nachbarländern nicht ohne Wirkung.

3. Es geht aber nicht nur darum, daß die Hochschulen gleichbleibende Aufgaben mit weniger Geld erfüllen. Vielmehr kommen unstrittig auf die Hochschulen zusätzliche Aufgaben mit enormen Dimensionen zu. Es ist daher weder Uneinsichtigkeit noch „St.-Florians“-Prinzip, wenn die Hochschulen gegen weitere Sparmaßnahmen protestieren und sogar mehr Mit-

tel verlangen. Die jüngste Studentenprognose der KMK reicht in einer Variante bis zu 1,5 Millionen Studenten in der 2. Hälfte der achtziger Jahre, das wären gut 30 Prozent mehr als heute. Die Studienanfängerzahlen steigen drastisch seit zwei Jahren. Die vielzitierten geburtenstarken Jahrgänge, sie sind jetzt da und verlangen ihr Recht. Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben ihnen besondere Anstrengungen für gleiche Chancen versprochen. Sie sind im Wort. Können sie das Wort nicht mehr halten, so müssen sie es sagen. Es geht um die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit staatlicher Politik. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz wird daher, wie zuletzt in ihrer Plenarversammlung vom 28. Juni 1982, auf eine erneute Befassung der Regierungschefs drängen. Die Hochschulen und die junge Generation brauchen wieder klare Rahmenbedingungen, um langfristige Perspektiven entwickeln zu können.

Es ist kein originäres Anliegen der Hochschulen, den sogenannten Öffnungsbeschluss der Regierungschefs mit aller Macht zu erhalten und die Studentenzahlen auf 1,5 Millionen zu steigern. Es mag sogar gute Gründe geben, den Eintritt dieser Prognose mit allen erlaubten Mitteln zu verhindern. Man muß freilich dann auch sagen, was mit den nicht studierenden Studienberechtigten angesichts der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt geschehen soll. Wenn die Westdeutsche Rektorenkonferenz sehr nachdrücklich diese Frage stellt und wiederholt, so nimmt sie damit ein Stück gesamtgesellschaftlicher Verant-

wortung wahr, für die, genauer gesehen, andere — vor allem die Regierungschefs selbst — viel eher berufen sind. Ich möchte daher an Sie, Herr Ministerpräsident, auch persönlich appellieren, sich für eine erneute Grundsatzbefassung der Regierungschefs spätestens im Herbst dieses Jahres einzusetzen.

5. Liegen die groben Rahmenbedingungen der künftigen Hochschulentwicklung wenigstens mittelfristig fest, dann werden sich die Hochschulen strukturellen Planungen nicht versagen. Aber sie werden darauf drängen, daß dies in einem akzeptablen Verfahren geschieht (z.B. unter Einschaltung des Wissenschaftsrates und mit ausreichender Beteiligung der Hochschulen) und nach Kriterien (z.B. der Qualität der Forschung und Lehre), die anerkannt, jedenfalls nachvollziehbar sind. Ich habe kürzlich in diesem Sinne einen Strukturplan für die Hochschulen eines anderen Bundeslandes gefordert und bekräftigte dies erneut. Der jüngste Plan dieses Landes, dem der Wissenschaftsminister seinen Namen geben mußte, genügt diesen Anforderungen nach Inhalt und Verfahren noch nicht, auch wenn er sich um strukturelle Ansätze ernsthaft bemüht.

Meine Damen und Herren, die nächsten zehn Jahre werden für alle Hochschulen, auch für die Gesamthochschulen dieses Landes, schwieriger werden. Die Verteilungskämpfe werden härter werden: zwischen Bildungswesen und anderen kostenintensiven Politikbereichen, zwischen den verschiedenen Bereichen unseres Bildungswesens und auch innerhalb des Hochschulwesens selbst, zwischen verschiedenen Hochschularten, Fächern und Personalgruppen — übrigens auch zwischen Politikern, die sich aus der zentrifugalen Perspektive ihres Wahlkreises engagieren. Die bisher gängigen Verteilungsmuster aus der Expansionsphase des Hochschulwesens passen für die veränderte Szenerie nicht mehr. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, neue Spielregeln zu definieren, die in faires Verfahren und ein vernünftiges Ergebnis garantieren. In diesem Sinne wünsche ich allen Hochschulen des Landes eine erträgliche Zukunft.

## ASTA: GH ist eine echte Alternative

Gleich zu Beginn dieser sogenannten Festveranstaltung möchte ich nachdrücklich betonen, daß ich nicht hier bin, um mit Ihnen zu feiern, sondern kritisch die Gegenwart mit Aussicht auf die Zukunft betrachte.

Ich selbst habe mich vor drei Jahren bewußt an dieser Gesamthochschule, mit allgemeiner Hochschulreife, eingeschrieben. Ich war und bin der Auffassung, daß die integrierte Gesamthochschule eine echte Alternative zu den traditionellen Universitäten darstellt. Von Bedeutung war für mich die Gleichbehandlung von Abiturienten und Fachoberschülern mit Berufserfahrung, die sich im Studium gegenseitige Hilfestellungen leisten können und von den unterschiedlichen Erfahrungen profitieren. Leider ist diese angesprochene Gleichbehandlung durch Zusatzleistungen der Fachoberschüler in Form von Brückenkursen, die nicht durch unterschiedliche Studienleistungen zu begründen sind — gerade Erfahrungen an unserer Gesamthochschule bestätigen dies —, zu einer offensichtlichen Ungleichbehandlung gekommen.

Der integrierte Studiengang, mit sowohl 6-semestrigem wie auch 8-semestrigem Abschluß als nach außen sichtbarstes Merkmal von Gesamthochschulen, erlaubt es in relativ kurzer Zeit den richtigen Studienweg innerhalb eines Studienganges zu finden. Außerdem besteht hier tatsächlich eine engere Zusammenarbeit zwischen Studenten, Professoren, wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeitern, die sich an Universitäten, so wie ich sie kenne, wesentlich schwieriger darstellt.

Mit dem Beginn des Studiums an dieser Hochschule beginnt aber auch die Auseinandersetzung mit dem Konzept der integrierten Gesamthochschule.

Lese ich die neueste Ausgabe des Handbuchs „Hochschulen in NRW“, herausgegeben aus Ihrem Hause, Herr Minister Schwier, besonders aber die Einleitung zum Abschnitt Gesamthochschulen, dann muß ich leider feststellen, daß die ehemals formulierten Forderungen der letzten

